

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Verändert sich das positive Umfeld unseres Staatshaushaltes?

Zur Finanzierung der Gesamtausgaben mussten 1990 rund 10 Millionen aus den Reserven eingesetzt werden – Abschwächung mit der Wirtschaftslage?

(G.M.) – Die gute Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1989, die nach Angaben der Regierung die Bemessungsgrundlage für einen Grossteil der Fiskalabgaben bildete, hat die Landesrechnung 1990 positiv beeinflusst. Aufgrund der damals ausgezeichneten Konjunktursituation ergaben sich erhebliche Mehreinnahmen gegenüber den Schätzungen des Voranschlags, andererseits wurden die Kreditlimiten im Investitionsbereich nicht vollständig ausgeschöpft. Die Kumulierung von Mehreinnahmen und Minderausgaben ergab in der Endabrechnung eine weniger grosse Beanspruchung der Fondsreserven, die aber trotz sehr guter Konjunkturlage wiederum angegriffen werden mussten. Da die Landesrechnung 1990 unter dem Aspekt einer expansiven Wirtschaftslage steht, stellt sich für die kommenden Staatshaushalte die Frage, ob die guten Rechnungsergebnisse der Vorjahre noch erreicht werden können.

Die Budgetabweichungen sind, wie aus der Mitteilung der Regierung mit ersten Eckzahlen über die Landesrechnung 1990 hervorgeht, erneut recht hoch ausgefallen. Statt der vorsichtig geschätzten Einnahmen von 348,1 Mio. Fr. flossen dem Staat 361,1 Mio. Fr. zu, was einem zusätzlichen Mittelzufluss von 13,1 Mio. Fr. entspricht. Bei den Ausgaben der laufenden Haushaltrechnung zeigt sich eine weniger hohe Budgetabweichung von 4 Mio. Fr. Den 290,3 Mio. Fr. des Voranschlags stehen die effektiven Ausgaben von 294,3 Mio. Fr. gegenüber. Die laufende Haushaltrechnung zeigt damit einen Einnahmehüberschuss von 66,8 Mio. Fr., wäh-

rend das Budget noch von 57,8 Mio. Fr. ausgegangen war. Die Abweichung von den Budgetzahlen beläuft sich auf immerhin 9 Mio. Fr. Als positives Ergebnis dieser an sich erfreulichen Entwicklung mussten nur 10,5 Mio. Fr. netto aus den Reservefonds entnommen werden, während der Voranschlag noch von einem Reserveeinsatz von 24,6 Mio. Fr. ausgegangen war.

Neue finanzpolitische Zielsetzungen

Diese Eckdaten der Landesrechnung 1990, und insbesondere die Abweichungen in erheblichem Ausmass von den Budgetzahlen, verdeutlichen ein langsam sich änderndes Umfeld für den staatlichen Finanzhaushalt. Aufgrund der Ablehnung des Budgets 1989 durch die FDP-Fraktion, die als Signal an die Finanzpolitik der Regierung gedacht war, formuliert die Regierung für das Budget 1990 «neue finanzpolitische Zielsetzungen».

Gemäss diesen Vorgaben, die inzwischen für das Budget 1991 allerdings bereits nicht mehr ganz eingehalten wurden, sollen die Mehrausgaben in der Gesamtrechnung auf ein Mass festgelegt werden, das die vollständige Deckung der laufenden Ausgaben, der Investitionsbeiträge, der Ausgaben für Einrichtungen, Ausstattungen und Vorratsbeschaffungen sowie rund der Hälfte der Netto-Ausgaben für Darlehensgewährungen, Hochbauten, Tiefbauten und Telefonanlagen aus den zufließenden Einnahmen des gleichen Rechnungsjahres ermöglicht. Die Signalwirkung, ausgelöst durch die FDP-Fraktion, die seit Jahren für einen sorgsa-

men Umgang mit den Staatsfinanzen plädiert und sich gegen den Einsatz von Reservemitteln in konjunkturell guten Zeiten ausspricht, hat für die Landesrechnung 1990 zweifellos einen positiven Effekt zu verzeichnen – nun wird es darum gehen, auch für die kommenden Rechnungsjahre die Einhaltung dieser Zielsetzungen genauestens zu verfolgen.

Abweichungen bei Einnahmen und Ausgaben

Die Abweichungen gegenüber den budgetierten Zahlen zeigt sich in der Landesrechnung 1990 sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben. Hauptursache für den erhöhten Ausgabenrahmen der laufenden Rechnung bildete nach Angaben der Regierung der Finanzausgleich an die Gemeinden, während die Aufwendungen für das Staatspersonal und den Sachaufwand sowie für die Subventionen und Defizitbeiträge im Rahmen der budgetierten Limiten blieben. Angesichts dieser Konstellation drängt sich die Frage auf, weshalb die Regierung in ihrer Vorlage für die Revision des Finanzausgleichs am heutigen System festhält, obwohl gerade das Finanzausgleichssystem für die Budgetabweichung praktisch allein verantwortlich gemacht wird.

Eine Abweichung von 3,7 Prozent bei den Einnahmen erscheint gesamthaft auf der anderen Seite nicht sonderlich hoch, doch wirken sich die dahintersteckenden 13 Mio. Fr. doch erheblich auf den laufenden Haushalt aus. Insbesondere zeigen sie ihre Wirkung in der Gesamtrechnung mit den Minderausgaben von 7,8

Mio. Fr. in der Investitionsrechnung, wo rund 6,5 Mio. Fr. der bewilligten Ausgabenlimiten für den Hochbau des Staates nicht ausgeschöpft wurden. Wären die projektierten Bauten budgetkonform der Verwirklichung zugeführt worden, so würde sich ein anderes Bild der Gesamtrechnung ergeben.

Sicherung der Einnahmen

Es wird Aufgabe des Landtags sein, bei der Beratung der Landesrechnung 1990 auf diese Schwerpunkte hinzuweisen, da die blossen Endzahlen nicht ganz das realistische Bild der Finanzsituation widerspiegeln. Bei einem weniger hohen Investitionsvolumen könnte es zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht weniger gut möglich sein, die bewilligten Ausgaben für den staatlichen Hoch- oder Tiefbau als finanzpolitische Manövrierreserve einzusetzen. Rein theoretisch hat Regierungschef Hans Brunhart als Finanzminister bei der Budgetdebatte 1990, nach der leidvollen Erfahrung des von der FDP-Fraktion abgelehnten Budgets 1989, die Zielsetzungen der Finanzpolitik erkannt: «Es wird bei der Gestaltung der künftigen Finanzpolitik unseres Landes einerseits um die Sicherung der Einnahmen gehen, andererseits aber auch um die Zielsetzung, dass die Ausgaben nicht überproportional steigen.» Nun kommt hinzu, was im Zusammenhang mit der Präsentation der Zahlen 1990 ausdrücklich erwähnt wurde: Die Einnahmesteigerungen sind nur möglich, wenn das wirtschaftliche und konjunkturelle Umfeld sich nicht ändert. In den letzten Monate machte es jedoch den Anschein, als ob der Konjunkturhorizont sich zusehends verdunkelte.

Klare Abgrenzung der Kompetenzen



Eine eindeutig bestimmte Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden, eine klare Abgrenzung der Zuständigkeit und Kompetenzen, erachtet der FDP-Fraktions-sprecher im Landtag, Dr. Alois Ospelt, als ein unverzichtbares Element einer umfassenden gesetzlichen Regelung des Finanzausgleichs. Wie schon bei der Debatte zum Subventionsgesetz, erhob Dr. Alois Ospelt auch bei der erstmaligen Beratung der Regierungsvorlage zur Abänderung des Finanzausgleichs die Forderung, die zweckgebundenen Subventionsmittel an die Gemeinden spürbar zu senken und im Gegenzug die nicht zweckgebundenen Zuweisungen aus dem Finanzausgleich zu erhöhen, um so den Verwaltungsaufwand wirksam zu reduzieren und die Gemeindeautonomie zu verstärken. Die Regierung ersuchte er, die Wechselwirkung zwischen Finanzausgleich und Subventionen im Hinblick auf eine Aufgaben-Neuverteilung zwischen Staat und Gemeinden nochmals gründlich zu überprüfen. Näheres dazu auf Seite 3.

Neue Anklagen gegen DDR-Spitze

Berlin (spk/dpa) Die deutsche Justiz hat gegen weitere sechs hochrangige Repräsentanten der ehemaligen DDR-Führung Anklage erhoben. Unter ihnen sei auch der frühere Vorsitzende der DDR-Christdemokraten (CDU), Gerald Götting. Das hat der Berliner Oberstaatsanwalt Michael Sietz am Freitag erklärt.

In allen Fällen werde den Beschuldigten Untreue oder Vertrauensmissbrauch, zum Teil auch beides zur Last gelegt, betonte der Anklagevertreter, der für einen Teil der Verfahren gegen die DDR-Führung im Zusammenhang mit Wirtschaftsstraftaten zuständig ist. Wann die Prozesse beginnen, sei schwer zu sagen, da die Kammern des Berliner Landgerichts überlastet seien.

Nach Sietz' Angaben wird Götting beschuldigt, Gelder der DDR-CDU für den Bau eines «Freizeitobjekts» zweckentfremdet zu haben. Zu den sechs jetzt neu bekanntgewordenen Angeklagten gehören auch der frühere Staatssekretär im DDR-Bauministerium Karlheinz Martini, das ehemalige Mitglied des Zentralkomitees der Staatspartei (SED), Hermann Pöschel, und der Ex-Chef der SED-Finanzverwaltung Heinz Wildenhain.

Insgesamt habe der Generalstaatsanwalt der DDR 27 Ermittlungsverfahren gegen die frühere DDR-Führung eingeleitet, sagte Sietz. Teilweise seien diese Verfahren aber eingestellt worden.

Jahresteuierung im März leicht zurückgegangen

Insgesamt stabile Preise – Heizölpreise um nahezu ein Viertel gesunken – 5,9 Prozent Teuerung

Bern (spk) Die Teuerung in der Schweiz ist im März 1991 unter 6 Prozent gefallen. Der Landesindex der Konsumentenpreise blieb im Vergleich zum Vormonat stabil und verharrte auf dem Stand von 126,9 Punkten. Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Freitag mitteilte, betrug die Teuerung innert Jahresfrist 5,9 Prozent, verglichen mit 6,2 Prozent im Februar und 5,0 Prozent im März 1990.

Die Stabilität des Landesindex im März 1991 gegenüber dem Vormonat ist das Resultat von gegensätzlichen, sich in ihrer Auswirkung auf den Totalindex ausgleichenden Preisbewegungen. Der Rückgang der Jahresteuierung gegenüber Februar ist gemäss BFS auf den sogenannten Basisseffekt zurückzuführen.

Leicht über dem Stand der Vorerhebung lagen die Indexziffern für Haushalt-einrichtung, Bekleidung, Nahrungsmittel

sowie für Körper- und Gesundheitspflege. Stark rückläufig war hingegen die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung mit einem Minus von 12,5 Prozent während sich jene für Verkehr um lediglich 0,1 Prozent zurückbildete. Die übrigen drei Bedarfsgruppen sind im Berichtsmontat nicht neu erhoben worden.

Inländische Güter teurer

Wie das Bundesamt für Statistik weiter mitteilt, erhöhte sich das Preisniveau nach Herkunft im Vergleich zum Vormonat bei den Inlandgütern um 0,4 Prozent; bei den Importgütern ermässigte es sich dagegen – infolge der gesunkenen Preise bei den Erdölprodukten – um 1,0 Prozent. Innert Jahresfrist verzeichneten die Inlandgüter eine durchschnittliche Preissteigerung um 6,6 Prozent, die Importgüter eine solche um 3,7 Prozent.

Die Erhöhung der Gruppensumme für Haushalteinrichtung und -unterhalt ist vor allem die Folge anziehender Preise für die Ausführung von Wohnungsreparaturen und für Möbel. Einen spürbaren Einfluss auf den Gruppenindex hatten aber auch gestiegene Preise für elektrische Haushaltsmaschinen und Haushalts-einsteilungen.

Heizölpreise rückläufig

Der starke Rückgang der Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist auf die gesunkenen Heizölpreise zurückzuführen. Gegenüber dem Vormonat ermässigten sie sich um 22,5 Prozent, lagen aber immer noch um 6,7 Prozent über dem Vorjahresniveau.

In der Bedarfsgruppe Verkehr wurden nur die Benzinpreise erhoben. Sie ermässigten sich gegenüber dem Vormonat um 0,8 Prozent, waren jedoch um 1,1 Prozent höher als vor Jahresfrist.

Kurdendemonstration vor dem Bundeshaus

Bern (AP) 200 Kurdinnen und Kurden haben am Freitag vor dem Bundeshaus an einer unbewilligten Kundgebung gegen die Verfolgung ihrer Landsleute in Irak protestiert. In einem Brief an den Bundesrat forderten sie die Landesregierung auf, den «Akt der Barbarei» zu verurteilen und unverzüglich beim UNO-Sicherheitsrat zu intervenieren, damit dieser dem «Genozid am kurdischen Volk» ein Ende setze.

Sie wünschten sich ein Zeichen von Bundesrat Rene Felber, der sich am Freitag zu Gesprächen in der türkischen Hauptstadt Ankara aufhalte, da die Türkei den flüchtenden Kurden aus Irak die Einreise verweigere. Der Westen, der sich für das kuwaitische Volk eingesetzt habe, dürfe jetzt nicht schweigen, befänden sich doch rund drei Millionen Kurden auf der Flucht, von denen schon Zehntausende getötet worden seien.

Politik der Alpenstaaten am Pranger

Alpenschutzkommission Cipra wirbt für Alpenkonvention

München (spk/dpa) Die internationale, nichtstaatliche Alpenschutzkommission Cipra hat die Umweltpolitik der Alpenländer kritisiert und einen Beobachterstatus bei der zweiten Alpenkonferenz im kommenden Oktober gefordert. Zudem sei ein ständiges Sekretariat für die Region einzurichten, das Vorschriften zum Naturschutz kontrolliert, wurde am Freitag in München vor den Medien verlangt.

Die Umweltminister der sieben Alpenstaaten – Deutschland, Frankreich, Liechtenstein, Italien, Jugoslawien, Österreich und die Schweiz – hätten bei der ersten Alpenkonferenz 1989 im deutschen Berchtesgaden zwar viele Anregungen der Cipra aufgegriffen. Doch wenn es in diesem Jahr bei der zweiten Konferenz um deren Umsetzung gehe, solle die Cipra ausgeschlossen bleiben, kritisierte die Alpenschutzkommission.

Es sei zu befürchten, dass keine konkreten Massnahmen zum Schutz der Alpen beschlossen würden.

Die in der Cipra seit 1952 zusammengeschlossenen Organisationen verfügten über Sachverstand, auf den die Beamten nicht verzichten könnten, sagte Vizepräsident Walter Danz. Eine Umweltpolitik, die an grünen Tischen fernab von den Alpen in Bonn, Paris, Bern und Rom ohne Beteiligung fachkundiger Experten gemacht werde, müsse in der Praxis scheitern. Angesichts der geringen Resonanz bei den Regierungen stellt sich für die Cipra die Frage, ob die bisherige Politik der Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann oder ob die internationalen nichtstaatlichen Organisationen das Vorhaben Alpenkonvention künftig mit wesentlich mehr kritischer Distanz begleiten sollen.

Russland wählt am 12. Juni

Moskau (AP) Der radikale Reformpolitiker Boris Jelzin ist am Freitag dem Ziel, direkt vom Volk zu einem mit Exekutivfunktionen ausgestatteten Präsidenten der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR) gewählt zu werden, ein grosses Stück nähergerückt. Der russische Kongress der Volksdeputierten beraumte die Wahl für 12. Juni an, doch muss die dazu notwendige Verfassungsänderung erst noch beschlossen werden. Dies soll auf der nächsten Kongressstagung geschehen, die für 21. Mai einberufen wurde.

Mit 607 gegen 228 Stimmen bei 100 Enthaltungen nahm der Kongress endgültig den Antrag auf Sondervollmachten für Jelzin und Ministerpräsident Iwan Silajew an. Darin heisst es, der Vorsitzende des Obersten Sowjets und der Vorsitzende des Ministerrates der RSFSR hätten das Recht, im Rahmen der geltenden Verfassung und der Gesetze der Russischen Föderation Dekrete zur Bewältigung der Krise des Landes zu erlassen, die in der gesamten RSFSR bindend seien.

BRILLEN

AUGEN-OPTIKMARXER

Vaduz
Städtemarkt
Tel. 282.02

FORTSCHRITTLICHE COMPUTERTECHNOLOGIE IM OPTIMALEN KOSTEN-NUTZEN-VERHÄLTNISS VOM FACHMANN.



**BURD
MARRER
COMPUTER AG**

Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/20170
Grünastrasse 25, 9470 Buchs, 085/63309